Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft

Sitz der Gesellschaft: (1) Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstr. 6

Sitz der Verwaltung: (16) Frankfurt (Main), Marienstrasse 1 Ecke Taunusanlage

Drahtanschrift: Bauboden.

Fernruf: Sammelnummer 3 18 51/2.

Postcheckkonto: 653 33 Frankfurt (Main).

Bankverbindung: Landeszentralbank von Hessen, Frankfurt (Main), Giro-Konto Nr. 4/19.

Gründung: 20. Juli 1923, unter Mitwirkung des Deutschen Reiches und von Vertretern des gemeinnützigen Wohnungsbaues; eingetragen am 20.10.1923 als "Deutsche Wohnstätten-Bank A. G.". Firma geändert am 27.10.1926.

Sitz der Verwaltung in Berlin u.-für die Geschäftstätigkeit im westdeutschen Währungsgebiet - in Frankfurt a.M.

Zweck: Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art unter besonderer Förderung der Bauwirtschaft und d. Wohnungswesens, namentlich des Wohnungsbaues. Die Gesellschaft ist berechtigt, Unternehmen gleicher oder verwandter Art zu erwerben, sich an ihnen zu beteiligen oder solche zu errichten und mit Genehmigung des Aufsichtsrates Zweigniederlassungen und Vertretungen im Inland zu errichten. Der Erwerb von Grundstücken ist der Bank nur zur Verhütung von Verlusten oder zur Beschaffung von Geschäftsräumen gestattet. Die Bank gewährt im Rahmen ihres Geschäftsverkehrs mit der Bauwirtschaft auf ihrem Spezialgebiet Kredite für den Wohnungsbau, den gewerblichen Bau, den öffentlichen Hoch- und Tiefbau.

Sie hat durch Aufnahme des Baukredit- und Zwischenkreditgeschäftes für den Wohnungsbau eine Lücke in der deutschen Kreditwirtschaft ausgefüllt, die sich für die Bauwirtschaft nachteilig bemerkbar gemacht hatte. Die Bank steht in ihrer Geschäftstätigkeit u.a. in enger Verbindung mit den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (Baugenossenschaften und -gesellschaften) sowie mit Unternehmungen der freien Wohnungswirtschaft. Auch die Zusammenarbeit mit den Bausparkassen stellt seit langem ein wichtiges Aufgabengebiet der Bank dar.

Verlagerung: Für das westdeutsche Währungsgebiet ist nach der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz durch Erlaß der hessischen Staatsregierung - der Finanzminister, Abteilung Bankenaufsicht - vom 18.11.49 die Zentrale der Deutschen Bau- und Bodenbank A.G. Berlin mit Wirkung vom 20.7.1948 als verlagertes Geldinstitut mit dem Sitz für die Geschäftstätigkeit im Währungsgebiet in Frankfurt a.M. anerkannt worden. (Bekanntmachung Nr. 3 der Bank deutscher Länder vom 28.11.49, Bundesanzeiger Nr. 30 vom 1.12.49). Die Bank deutscher Länder hat mit Schreiben vom 27.12.49 gem. Artikel 1, Absatz 1 des Gesetzes Nr. 57 der amerikanischen Militärregierung (geänderter Wortlaut), der Verordnung Nr. 133 der britischen Militärregierung (erste Änderung) und der Verordnung Nr. 208 der französischen Militärregierung der Aufrechterhaltung der Zweigniederlassungen der Bank in Westdeutschland zugestimmt. Die Bank arbeitet in Westdeutschland auf ihrem alten Arbeitsgebiet weiter.

In Berlin zählt die Zentrale der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. zu den "ruhenden Banken". Sie untersteht dem "Ausschuß für ruhende Banken" und arbeitet in der Wertpapierbereinigung und der Anmeldung von Uraltkonten mit. An der Gründung der Berliner Bau- und Bodenbank A.-G. Berlin, die das gleiche Arbeitsgebiet wie die Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. pflegt, hat sich im November 1949

neben Aktionären aus den Kreisen des Gemeinnützigen Wohnungsbaus und der Bauwirtschaft West-Berlin mit einem Grundkapital von DM 600 000.- und einem autorisierten Kapital von DM 250 000.- die Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. mit DM 325 000.- beteiligt.

Vorstand: Dr. jur. Dr.-Ing. E.h. Otto Kämper, Vors.; Dr. jur. et rer. pol. Alfred Ohlmer; Dr. jur. Leo Sarrazin; sämtliche in Frankfurt (Main); Walter Zehl, Berlin.

Aufsichtsrat: Generaldirektor Knoblauch, Frankfurt (Main) - Vors.; Geheimrat Dr. Poerschke, Ministerialdirigent im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen - stellv. Vor.; Dr. Brecht, Geschäftsführer des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e. V., Hamburg; Ministerialdirigent Dr. Fischer-Dieskau, Dirigent im Bundesministerium für Wohnungsbau, Bonn; Dr. Gase, Ministerialdirektor im Hessischen Finanzministerium, Wiesbaden; Dr. Dr.-Ing. E.h. Kämper, Frankfurt (Main) (z.Zt. delegiert als Vorsitzender des Vorstandes der Bank); Geheimrat von Knorre, Verbindungsstab des Bundes zum Magistrat West-Berlin, Berlin; Rechtsanwalt und Notar Dr. Ruge, Berlin; Rechtsanwalt und Notar Dr. Trost, Geschäftsführer des Bankenverbandes Berlin, Berlin.

Abschlußprüfer: A.-G. für Wirtschaftsprüfung-Deutsche Baurevision.

Geschäftsjahr: Kalenderjahr.

Stimmrecht der Aktien in der H.-V.: normal.

Verwendung des Reingewinns:

Gemäß Aktiengesetz (keine abweichenden Satzungsbestimmungen).

Zahlstelle: Gesellschaftskasse, Frankfurt (Main).

Zweigniederlassungen: Essen, Kettwigerstr. 36; Hamburg, Alter Wall 32; Hannover, Georgsplatz 19; Karlsruhe, Ritterstr. 9; Koblenz, Roonstr. 20; München, Promenadestr. 5.

Vertretungen: Mainz, Langenbeckstr. 36; Stuttgart, Königstr. 4

Beteiligung und Tochtergesellschaften:

- 1) Deutsche Wohnstätten- und Hypotheken-Bank A.-G., Berlin.
Gegründet 15.11.1924. Grundkapital RM 7,0 Mill. Beteiligung: RM 4,0 Mill.
- 2) Deutsche Bau- und Grundstücks A.-G., Berlin.
Gegründet 29.8.1939. Grundkapital RM 500 000.- Einzahlung 25%, Beteiligung: RM 125 000.-.
- 3) Terrain-A.-G. Herzogpark München-Gern, München.
Gegründet 28.4.1900. Grundkapital RM 320 000.- Beteiligung: RM 314 400.-.
- 4) Deutsche Centralbodenkredit A.-G., Berlin.
Gründung: 1862. Grundkapital: RM 43,0 Mill. Beteiligung: RM 476 000.-.
- 5) Preußische Landespfandbriefanstalt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) Berlin.
Gegründet: 1922. Grundkapital: RM 31, 0 Mill. Beteiligung: RM 301 000.-.
- 6) Fromberg & Co. A.-G. (früher Heimbank A.-G.) Berlin.
Gegründet: Mai 1924. Grundkapital RM 800 000.-, Beteiligung: RM 126 000.-.
- 7) Deutsche Zentralgenossenschaftskasse, Berlin.
Gründung: 1895. Grundkapital RM 100 110 000.- Beteiligung: RM 200 000.-.
- 8) Süddeutsche Bodencreditbank, München.
Gegründet: 7.11.1895. Grundkapital RM 12,5 Mill. Beteiligung: RM 250 000.-.